

2069 werden 20,5 Millionen Mark fällig sein. Sodann wird ein Kaufpreis von 350 Millionen Mark fällig für ein Gelände, das 1980 nur 10,1 Millionen Mark gekostet hätte. Bei den Grundstücksverkäufen, sagt Rechnungshofpräsident Böning, sei das Land „wie eine Kuh gemolken“ worden.

Ähnlich geschickt hat es die Bayer AG bei der Vertragsgestaltung angestellt. Während sich die CDU-Politiker verpflichteten, ihre „vorbereitenden Maßnahmen“ ganz auf den „Ansiedlungszeitplan von Bayer“ (Vertragstext) abzustellen, brauchte der Chemiekonzern seine beabsichtigten Gegenleistungen überwiegend nur außerhalb des vergleichsweise dünnen Vertragswerkes (17 Paragraphen auf neun Seiten) vage zu umreißen.

Der Konzern hatte „ganz grob“ 6000 bis 9000 neue Arbeitsplätze in Aussicht gestellt; nur rund 850 sind es bislang geworden. Das Land hingegen hat seine vertraglichen Abmachungen „voll erfüllt“ und „damit faktisch zu früh erbracht“ (Rechnungshof).

Doch die Landesregierung weist die Kritik der Prüfer an ihrer Wirtschaftspolitik zurück. Den „negativen Entwicklungen in diesem abgelegenen und seinerzeit besonders strukturschwachen Raum“, rechtfertigt das Wirtschaftsministerium die Abmachungen, sei „Einhalt geboten“ worden.

Die Kritik der Rechnungsprüfer beschränkt sich nicht auf die Ansiedlung des Bayer-Konzerns. Die Mängelliste umfaßt den gesamten Wirtschaftsraum an der Unterelbe und liest sich stellenweise wie ein Schulbeispiel aus dem Lehrbuch für Volkswirte, Kapitel staatliche Mißwirtschaft.

Auch Rechtsvorschriften wurden mißachtet. So wuchs die „Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel“, die für das Land Schleswig-Holstein, die Kreise Dithmarschen und Steinburg und für die Stadt Brunsbüttel die Entwicklung des Wirtschaftsraumes besser koordinieren wollte, zu einem gewinnträchtigen Unternehmen – widerrechtlich.

Nach den Bestimmungen des Städtebauförderungsgesetzes darf die Gesellschaft nur treuhänderisch für die Kommunen tätig sein und allenfalls über ein geringes Stammkapital von etwa 50 000 Mark verfügen. Tatsächlich, beanstandete der Landesrechnungshof, wiesen die Bilanzen zuletzt „erhebliches Eigenvermögen“ aus, etwa ein Wasserwerk mit Grundstücken und Häusern, auch die kompletten Zubehörteile einer Entwässerungsanlage – insgesamt Vermögenswerte von mehr als 50 Millionen Mark.

Die vom Land dominierte Gesellschaft habe mithin, wie ein Wirtschaftsbeamter sagt, „über Jahre gesetzliches Treuhandvermögen rechtswidrig als Eigenvermögen aktiviert“, oder, einfacher ausgedrückt, „den Kommunen jahrelang Mittel vorenthalten“.

SCHULEN

Nur Papierform

Mit gefälschten Schülerzahlen wollten Lehrer und Eltern die Existenz Hamburger Gesamtschulen sichern.

Hamburgs Schulsenator Joist Grolle (SPD) war „empört“ und fand es „tief bedrückend, daß so etwas möglich ist“. Der SPD-Fraktionsvorsitzende in der Hamburger Bürgerschaft, Henning Voscherau, ergrimmte sich über eine „Täuschung von Verfassungsorganen“ und grollte: „Gott schütze uns vor unseren Freunden.“

Voscherau Freunde, zwei Hamburger Schulleiter und ein Stellvertreter, die ihm politisch nahestehen, hatten etwas



Hamburgs Schulsenator Grolle
Klima verdorben?

getan, was sonst allenfalls Schülern nachgesehen wird. Sie hatten gemogelt.

Um das Überleben ihrer Schule zu sichern, operierte das Trio mit Schülerzahlen, die nur Papierform hatten. Karl-Heinz Grötzner, Direktor der Gesamtschule Farmsen-Berne, addierte in seinem Rapport an die Schulbehörde zu den 56 Neumeldungen für die Eingangsstufe (Klasse 5) zwölf Schüler mit Namen und Anschrift hinzu, die es gar nicht gab. Und sein Kollege Karl Fisher, der die ebenfalls gefährdete Gesamtschule Meerweinstraße leitet, erfand gar 19 Geister-Schüler und rundete die Zahl seiner Anmeldungen auf glatte 70.

Doch der Schwindel flog auf. Und das kam der Hamburger CDU, der seit langem nicht geheimer ist, was an Gesamtschulen vorgeht, gerade recht. Fridtjof Kelber, Rektor einer katholischen Volks- und Realschule, nebenbei bildungspolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion, forderte den

Rücktritt des Senators. Denn Grolle, so Kelbers Begründung, habe ein „schulpolitisches Klima erzeugt, in dem vielen das erforderliche Unrechtsbewußtsein abhanden gekommen“ sei.

Das wirkt sich in Hamburg offenbar bis ins Elternhaus aus. Denn ohne die Mithilfe von Vätern und Müttern hätte die wundersame Vermehrung gar nicht geklappt. Sieben Eltern gaben „mit eigener Unterschrift“ Kinder an, „die es gar nicht gibt“ (Grolle). Und weitere fünf der Phantomschüler, aus Hamburg längst Verzogene, waren „vielleicht von ehemaligen Nachbarn“ gemeldet.

Die Zahlenspielerereien, juristisch Urkundenfälschung und Betrug, sind eine neue, bizarre Variante des Kampfes, mit dem sich Schulen um Schüler bemühen. Während an den Hochschulen inzwischen die geburtenstarken Jahrgänge die Hörsäle füllen, bleiben an der Bildungsbasis, in den Grund- und Sekundarschulen, die Bänke leer.

Mitte der siebziger Jahre wurden noch sechs Millionen Zehn- bis Sechzehnjährige gezählt. 1990 werden es nur noch 3,5 Millionen sein, die weiterführende Schulen besuchen. Da droht bei zu kleinen Klassen, zumal unter dem Diktat der leeren Kassen, immer mehr Schulen die Schließung.

Diesem Schicksal trachteten bisher Schulleiter, Lehrer und auch Eltern durch Schülerklau per Werbegags und Überredungskünste zu entgehen. Sie lockten mit Buchprämien, Werbefilmen und Einladungen zu Kaffee und Kuchen.

Doch erstmals scheint nun der Überlebenskampf der Schulen um die knapper werdenden Kinder vom Komischen ins Kriminelle abzugleiten. Seit Dienstag letzter Woche jedenfalls ist in Hamburg der Staatsanwalt den Zahlen- und Namensfälschern auf der Spur. Grolle suspendierte die Übeltäter vom Dienst. Die Anmeldungslisten von 25 weiteren Schulen wurden überprüft.

Die Situation im Stadtstaat Hamburg ist besonders anfällig für solche „Mafia-Methoden“ (Kelber). Seit Jahren schon müssen die Lehrer um Kinder für die fünften Klassen feilschen, denn für das Überleben einer Schule sind Mindestzahlen von Anmeldungen vorgeschrieben.

So führt das jahrelang hochgehaltene Credo der Kultusminister, wonach nur große Schulen auch leistungsfähige Schulen sind, zwangsläufig zu Mogeleyen. Zwar will die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) den „kriminellen Fehlgriff“ (SPD-Voscherau) ihrer drei Mitglieder „in keiner Weise billigen“. Doch 28 der 34 Lehrer von der Gesamtschule Meerweinstraße erklärten sich solidarisch mit ihrem Chef: Das „courageierte Verhalten des Schulleiters“ findet „unsere Hochachtung“; und sie beantragten Disziplinarverfahren gegen sich selber: „Jeder von uns hätte in der gleichen Situation genauso gehandelt.“